



Medien-Appell der Grandparents for Future (GP4F) Deutschland:

Ausgangspunkt:

Wie kann es sein, dass die Verkehrswende vom verantwortlichen Bundesminister behindert wird, ohne dass die Medien dieses gesetzwidrige Verhalten an den Forderungen von Weltklimarat und Klimawissenschaft messen?

Der Verkehrssektor soll nach dem Klimaschutzgesetz bis 2030 nicht mehr als 84 Mio. t CO₂-Äquivalente ausstoßen (CO₂-eq). 2022 lag der Wert bei 148 Mio. t CO₂-eq. Die Bundesregierung hat den Wert für 2030 im Projektionsbericht 2023 mit 128,4 Mio. t CO₂-eq benannt. **Dieser Wert würde bereits eine Zielverfehlung von 50% bedeuten.**

Klimaschädliche Fehlentscheidungen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV)

Die Verweigerung eines **Tempolimits** hat allein die FDP in der Ampel erzwungen. Damit wären jedoch von 1/2022 bis 3/2023 bereits 14 Mio. t. CO₂-eq (8+6 lt. UBA, s. unten) eingespart worden.

Der BMDV hat gegen den EU-Vorschlag eines kompletten **Verbrenner-Aus** durchgedrückt, dass mit „e-Fuels“ angetriebene Verbrenner auch darüber hinaus noch produziert werden können. Dabei hat die Wissenschaft bereits begründet, dass e-Fuels für eine breite Verwendung nicht zur Verfügung stehen.

Fossile Subventionen fließen weiter in das Dienstwagenprivileg, in Dieselkraftstoff, Flugbenzin und Pendlerpauschale auch für Verbrenner.

In die **Kaufförderung** von e-Autos hat der BMDV auch Hybridfahrzeuge einbezogen, die eine sehr kleine (elektrische) Reichweite haben und häufig ohne Aufladen als Dienstfahrzeuge genutzt werden.

Der **Bundesverkehrswegeplan** legt sein Schwergewicht auf den Straßenverkehr mit gigantischem Ausbau der Autobahnen und Fernstraßen. Eine 2021 erforderliche Novellierung fand nicht statt. Trotz der gesicherten Erkenntnis, dass Verkehr zunimmt, wenn es mehr Straßen gibt, und Straßen- und Brückensanierungen erste Priorität haben müssten, hält der BMDV an einem extremen Ausbau der Autobahnen ohne Rücksicht auf die damit verbundenen und von ihm regelmäßig heruntergespielten Klimaschäden fest.

Das **Deutschlandticket** verkauft der BMDV als (seinen) Erfolg, obwohl die Bundesländer mit finanzieren und er die erforderliche Bundesfinanzierung von nur 1,5 Mrd. EUR ab 2024 bislang verweigert.

Wie reagiert der Verkehrsminister?

Erst nach starkem Druck hat der BMDV erstmalig für 2023 ein Sofortprogramm vorgelegt. „Seine“ wichtigsten **Maßnahmen** (Kommentierung in Klammern):

- Erhöhung der LKW-Maut (sinnvolle Maßnahme)
- Deutschlandticket (sinnvolle Maßnahme, allerdings nur mit anteiliger Finanzierung des Bundes)
- KI-Forschung für autonomes, vernetztes Fahren (unkonkrete Maßnahme mit sehr zweifelhaftem Klima-Nutzen)
- Stärkung Schienengüterverkehr (sinnvolle Maßnahme, überfällig)
- Vermeidung beruflicher Wege durch Digitalisierung (Homeoffice/Videokonferenzen sind sinnvolle Arbeitgeberentscheidungen, keine Klima-Leistung des BMDV).

Damit wird das Ziel 2030 gleichwohl um 43,4 Mio. t CO₂-eq überschritten, also krass verfehlt! Dabei würde ein konsequentes Tempolimit laut Umweltbundesamt ca. 8 Mio. t CO₂-eq p.a. einsparen (dazu weniger Unfälle, Staus). Aber das verhindert der BMDV hartnäckig.

Die Bewertungen der Leistungen des BMDV durch den Expertenrat für Klimafragen (ERfK) und den Bundesrechnungshof (BRH) fallen entsprechend vernichtend aus:

- „Im Sektor Verkehr ... verbleibt ... eine Zielerreichungslücke, die im Vergleich zu den übrigen Sektoren besonders hoch ausfällt. ...“ (ERfK Stellungnahme zum Klimaschutzprogramm 2023 vom 22.08.2023)
- „Der Expertenrat stellt fest, dass die dem Verkehrssektor zugehörigen Maßnahmen ... nicht die Bedingungen an ein Sofortprogramm gemäß § 8 Abs. 1 KSG erfüllen.“ (ERfK Prüfbericht 2023 für die Sektoren Gebäude und Verkehr vom 22.08.2023).
- „Das BMDV weigert sich auch weiterhin, die Klimaschutzwirkung der Projekte ...und deren ökologische Weiterentwicklung zu bestimmen. Es verstößt damit gegen das Klimaschutzgesetz.“ (BRH 18.04.2023)
- „Das BMDV wird seiner Verantwortung für den Klimaschutz im Sektor Verkehr nicht gerecht.“ (BRH laut SPIEGEL, 13.10.2023).

Was könnten die Medien anders machen?

Ja, „die Medien“ berichten über immense Unwetter weltweit und verschweigen auch nicht, dass diese Folge des „Klimawandels“ sind. Berichte über klare Ursache-Wirkung-Beziehungen sowie erforderliche Maßnahmen sind schon deutlich seltener und werden im TV-Bereich nicht zu den Prime-Zeiten ausgestrahlt. Warum? Kann man das „den Menschen“ nicht zumuten? Ist Unterhaltung wichtiger? **Oder ist es eher ein gravierender Fehler, nicht darüber aufzuklären, was Politiker*innen verschweigen und was sie tun müssten?** Verschwiegen wird genau das: **die dramatischen Warnungen des Weltklimarates, der der Politik im Frühjahr 2023 attestiert, dass sich das Zeitfenster für wirksame Klimaschutzmaßnahmen rapide schließt.**

Warum wird immer nur über „Streit in der Ampel“ berichtet, ohne die Positionen mit Blick auf die Klimawirkungen zu erläutern? Warum wird verschwiegen, dass es allein der kleinste Partner ist, der Klimaschutzmaßnahmen beharrlich verweigert (Tempolimit u.a.) oder sogar boykottiert (Gebäudeenergiegesetz u.a.)? Und kaum eine Journalistin/ein Journalist kommt auf die Idee, FDP-Politiker, die begeistert von ihren „Kompromissen“ schwärmen, zu fragen, um welche Mio. t CO₂-eq es geht und wie die FDP den CO₂-Ausstoß schnell und drastisch reduzieren will, um die gesetzlichen Ziele zu erreichen. Denn das muss Deutschland unbedingt gelingen, zumal unser CO₂-Ausstoß/Kopf mit rd. 11 Mio. t deutlich höher liegt als im Durchschnitt weltweit (2021 4,7 Mio. t).

Vor diesem Hintergrund appellieren die Grandparents for Future Deutschland an alle Medien:

1. **Lassen Sie es nicht zu, dass die Verhinderung der Verkehrswende durch den dafür verantwortlichen Bundesminister unkommentiert bleibt und die daraus resultierenden Folgen für die Klimakrise verschwiegen werden.**
2. **Konfrontieren Sie Herrn Wissing in Kenntnis des jeweiligen Standes der Wissenschaft regelmäßig mit der Frage, welche CO₂-Einsparungen seine Vorschläge bewirken.**
3. **Entlassen Sie insbesondere FDP-Politiker*innen - bei jeder sich bietenden Gelegenheit - nicht aus ihrer Verantwortung, der Bevölkerung detailliert zu erklären, wie dramatisch sich die Klimakrise bereits zugespitzt hat und wie die geltenden Klimaschutzziele konkret erreicht werden.**

Lindau, Schwerte, im November 2023

Für die Grandparents for Future Deutschland

Dr. rer. pol. Matthias Geck, Schwerte 0175 5393075 (Signal)

Dipl.-Phys. Friedrich Zywitza, Lindau